Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 46 (1952)

Heft: 6

Artikel: Weltrundschau : wer profitiert von Korea? ; Schlüsselstellung Deutschland ; Frieden durch Kriegsrüstung? ; Der veraltete Krieg ; Der "Verteidigungskrieg" ; Abrüstung und Kriegswiderstand

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-139654

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

die jeder bereit sein muß zu Feindschaft und Totschlag, durch die jeder gezwungen ist, gleichzeitig ein Christ und ein Gladiator zu sein.

Leo Tolstoj: Das Reich Gottes ist inwendig in euch. Bd. 1.

Die christliche Lehre ist keine Gesetzgebung, die, mit Gewalt eingeführt, sofort das Leben der Menschen verändern könnte; das Christentum ist eine von der früheren abweichende, neue, höhere Auffassung des Lebens. Eine neue Auffassung des Lebens kann aber nicht vorgeschrieben werden, sie kann nur freiwillig angenommen werden. Freiwillig aber kann die neue Lebensauffassung nur auf zwei Arten angenommen werden; in geistiger innerer und in erfahrungsmäßiger äußerer Weise.

Die Regierungen – alle Regierungen, die despotischen wie die liberalen – sind in unserer Zeit zu dem geworden, was Herzen so treffend einen Dschingis-Khan mit Telegraphen nennt, das heißt Organisationen der Gewalt, die lediglich auf der gröbsten Willkür beruhen und gleichzeitig sich all der Mittel bedienen, die die Wissenschaft zu einer gemeinsamen, gesellschaftlichen, friedlichen Tätigkeit freier und gleichberechtigter Menschen hervorgebracht hat, und die sie zur Knechtung und Bedrückung der Menschen anwenden.

Die Regierungen und die herrschenden Klassen stützen sich jetzt nicht auf das Recht, ja nicht einmal auf den Schein der Gerechtigkeit, sondern auf eine mit Hilfe der wissenschaftlichen Fortschritte geschaffene, höchst künstliche Organisation, bei der alle Menschen in einen Kreis von Gewalt gebannt sind, aus dem sie sich nicht befreien können.

WELTRUNDSCHAU

Wer profitiert von Korea? Der *Koreakrieg* dauert nun volle zwei Jahre. Und immer noch ist sein Ende nicht abzusehen, scheinen doch die nachgerade zum Possenspiel gewordenen «Waffenstillstandsverhandlungen», entgegen unseren hier geäußerten Erwartungen, neuerdings in einer Sackgasse stecken geblieben zu sein. Das Haupthindernis ist gegenwärtig die Frage der Heimschaffung der Kriegsgefangenen; die Nordkoreaner und Chinesen verlangen *alle* Gefangenen, die in der Hand der UNO-Streitkräfte sind, zurück, während die Amerikaner behaupten, ein großer Teil dieser Soldaten *wolle* gar nicht mehr heim, und es wäre unmenschlich, Gegner des kommunistischen Regimes wider ihren Willen «dem Henker auszuliefern». Allein es bestehen begründete Zweifel an der Richtigkeit der amerikanischen Behauptungen, Zweifel, die durch die fürchterlichen Mißstände in den überfüllten Gefangenenlagern der UNO und die grausame Art

ihrer Behebung zum mindesten nicht zerstreut worden sind. Die Amerikaner, so sollte man meinen, hätten darum einigen Grund, in Panmunjon nicht allzu hohe Töne über Menschlichkeit und Moral von sich zu geben, um so mehr als die neuerliche Selbstenthüllung des südkoreanischen Diktators Syngman Rhee — um mit dem «New Statesman» zu reden — «die moralische Grundlage der Fortsetzung des Eingreifens der Vereinten Nationen auf der Halbinsel weithin zerstört». Was sich dieser unheilvolle Mann, gestützt auf die grund- und kapitalbesitzende Oberklasse seines Landes und auf seine halbfaschistischen Söldnerorganisationen, jetzt wieder leistet, um seine Wiederwahl durch das Parlament zu sichern und die Opposition zu ersticken, das bringt ja sogar einen Truman, einen Churchill und die anderen Häupter der «freien Nationen» in Verlegenheit, Herren also, die in der Hinsicht doch einiges vertragen können — zum Beispiel Francos Wüten in Spanien —, ihren Schützling Rhee aber nun doch ernstlich ermahnen mußten, den «Freiheitskrieg», den sie in Korea führen, nicht gar zu arg zu kompromittieren . . .[1]

Inzwischen darf man sich wohl wieder einmal darauf besinnen, wem die bewaffnete Intervention der Vereinigten Staaten in Korea eigentlich genützt hat, mit anderen Worten: wer Grund gehabt hat, diese Intervention zu wünschen und zu fördern. Daß das koreanische *Volk* keinen Nutzen daraus gezogen hat, so wenig wie die Sache der Menschlichkeit, des Rechtes und der Freiheit ganz allgemein, dürfte nunmehr feststehen. Wenn die Tatsachen, die der Bericht der (kommunistisch beeinflußten) Internationalen Frauenkommission über die Kriegführung der amerikanischen und südkoreanischen Truppen zusammenstellt, auch nur halbwegs als erwiesen gelten können, dann ist die Aufführung eines Teils der UNO-Streitkräfte in Korea derart grauenhaft gewesen, daß man nicht Kenntnis davon nehmen kann, ohne im Innersten verwundet und aufgewühlt zu werden[2]. Hingegen haben *andere* Gruppen und Kreise

---

[1] Daß man bei den Westmächten überhaupt nicht daran denkt, Südkorea nun wirklich zu einer freien Nation zu machen, kam letzthin sehr nett im britischen Unterhaus zum Ausdruck. Die «Neue Zürcher Zeitung» berichtet darüber ganz unschuldig (Nr. 1289): «Als Barbara Castle (eine dem linken Flügel angehörige Labourabgeordnete. H. K.) fragte, ob nicht an die Notwendigkeit einer ‚Absetzung' Syngman Rhees durch die Vereinigten Nationen zu denken sei, fuhr ihr nicht nur Eden, sondern auch Morrison über das demagogische Mundwerk.»

Nebenbei: Was sich jetzt in *Frankreich* abspielt, zeigt gleichfalls, mit welchem Zynismus die Herrschenden ihren «Kampf für Freiheit und Menschenrecht» führen. Der «Canard Enchaîné», ein antikommunistisches Wochenblatt der Linken, stellte letzthin freimütig fest: «Wir leben jetzt in Frankreich in einem Zustand vollständiger Ungesetzlichkeit, aber — man mag es glauben oder nicht — niemand kümmert sich auch nur einen Deut darum.» Nur dank dieser Gleichgültigkeit gegenüber Recht und Gesetz, dank auch der Kampfmüdigkeit der Arbeiter, die angesichts des Stillstandes der Teuerung und unmittelbar vor ihren bezahlten Ferien keine Lust zu einem politischen Streik hatten, kann die Regierung bei ihrem Vorgehen gegen die Kommunistische Partei so willkürlich und gesetzlos handeln, wie sie es tatsächlich tut.

[2] Der Bericht kann von der Internationalen Frauenkommission, Unter den Linden 13, Berlin W. 8, bezogen werden.

ein sehr starkes Interesse an einem Krieg in Korea gehabt. Nicht nur die kommunistischen Nordkoreaner, die nach unserer Kenntnis der damaligen Vorgänge den Krieg *ausgelöst* haben, weil sie gewiß waren, daß er ihnen ohnehin aufgezwungen werden würde. Sondern vor allem höchst mächtige Kräfte im antikommunistischen Lager. Scott Nearing kennzeichnet sie in seinen «World Events» (Frühling 1952) wie folgt:

1. Syngman Rhee war bei den südkoreanischen Wahlen vom 30. Mai 1950 geschlagen worden. Es gab nur *ein* Mittel, um seine Stellung trotzdem haltbar zu machen: Krieg. «Wenn ein Krieg ausbräche und Washington, das ihn zur Macht gebracht und darin gehalten hatte, veranlaßt werden könnte, ihm militärische Unterstützung zu geben, dann vermochte Rhee weiter zu regieren.»

2. Auch Tschiang Kai-shek brauchte Krieg. Er hatte trotz amerikanischer Unterstützung seine Macht über China verloren. Sein letztes Réduit, Formosa, sollte von den Streitkräften der Chinesischen Volksrepublik im Juli 1950 angegriffen werden. Nur ausländische Intervention konnte ihn vor der Vertreibung auch aus dieser Stellung retten. Und sie tat es auch; eine der ersten amerikanischen Kriegshandlungen nach der Erklärung der Feindseligkeiten war die «Abriegelung» Formosas gegen das chinesische Festland durch die siebte USA-Flotte.

3. Kapitalistische Interessenten in Amerika schauten mit gierigen Augen auf die Rohstoffe und Industrien Koreas, Formosas und der Mandschurei. Nur ein Krieg gab ihnen die Möglichkeit, sie in eigenen Besitz zu bringen.

4. Die Wirtschaft der Vereinigten Staaten war 1949 von einer Krise bedroht. Die Gewinne der Kapitalgesellschaften hatten in den vorausgegangenen Jahren eine bisher unerreichte Höhe erklommen (28 Milliarden im Jahr 1949 gegen nur 9 Milliarden im Jahr 1940). Nur große Rüstungs- und Kriegsaufträge konnten die Fortdauer der Hochkonjunktur sichern. Und der Koreakrieg trieb denn auch tatsächlich die Militärausgaben der USA von 13—14 Milliarden Dollar im Jahr 1949 auf 50—60 Milliarden im Jahr 1952 hinauf. So wurde die Krise verhindert, Vollbeschäftigung wiederhergestellt und eine neue Wirtschaftsblüte herbeigeführt.

5. Der Koreakrieg gab der Druck- und Drohpolitik der Regierung Truman-Acheson entscheidenden Auftrieb. a) Er ermöglichte es, widerstrebende Bundesgenossen wie England und Frankreich gleichzuschalten. b) Er beschleunigte den Ausbau des Nordatlantikbundes, eingeschlossen die Wiederaufrüstung Westdeutschlands und die Angliederung Griechenlands und der Türkei. c) Er bahnte den Weg für die Wiederaufrüstung Japans, den Friedensvertrag mit Japan und die Pazifikvertragsorganisation. d) Er stärkte Amerikas Stellung im Mittelmeerraum und beschleunigte die Anlage amerikanischer Stützpunkte in Europa, Nordafrika und Vorderasien. e) Er ermöglichte die Verwandlung der Wirt-

schaftshilfe gemäß Marshall-Plan in die offene Militärhilfe an Europa, unter Verminderung der Konkurrenzfähigkeit der europäischen Wirtschaft[3]. f) Er erlaubte den Vereinigten Staaten, die Franzosen in Indochina zu unterstützen und die Subventionen an die Philippinen-Regierung zu steigern. g) Er verwandelte die UNO endgültig in ein Werkzeug der amerikanischen Politik, unter Ausschluß der Chinesischen Volksrepublik aus der UNO.

6. Der Koreakrieg verstärkte die Macht der Militärs in den Vereinigten Staaten ungemein. Er stellte ihnen viermal soviel Geldmittel und dreimal soviel Personal zur Verfügung wie vorher. Er ermöglichte ihnen die Entwicklung und Ausprobierung neuer Waffen und Kampfverfahren. Er erlaubte ihnen die Anlegung einer großen Reserve von kriegserprobten Soldaten, die immer wieder durch frische Rekruten ersetzt werden konnten.

7. Der Koreakrieg brachte den Antikommunismus in Amerika zur Siedehitze und lenkte die Aufmerksamkeit des Volkes von den Mißständen im Innern auf die angebliche Gefahr von außen ab. Er stärkte den Kapitalismus und die Reaktion auf der ganzen Linie gewaltig, förderte Nationalismus und Imperialismus in bisher unerreichtem Grad, untergrub alle Anstrengungen für einen Verständigungsfrieden und gab den Gewaltpolitikern à la MacArthur wie den Propagandisten eines Präventivkrieges gegen die Sowjetunion bedenklich große Operationsmöglichkeiten.

Wer will behaupten, daß diese *Folgen* des Eingreifens in Korea von den interessierten Kreisen nicht von vornherein — wenigstens weitgehend — *gewollt* wurden, daß die Erwartung ihres Eintretens also nicht zu den stärksten *Beweggründen* für den Interventionsentschluß der Vereinigten Staaten gehörte?

Schlüsselstellung Deutschland Es gibt jedenfalls Beobachter der amerikanischen Politik, die auf Grund solcher Erwägungen vermuten, der «große Schlag» der Vereinigten Staaten gegen den Weltkommunismus werde, im Sinne MacArthurs und seiner Hintermänner, in Asien erfolgen. Und da nicht nur Senator Taft, sondern auch General Eisenhower ausdrücklich MacArthur als ihren Ratgeber in außenpolitischen und besonders asiatischen Angelegen-

[3] Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Vereinigten Staaten die Aufrüstung Westeuropas auch darum forcieren, weil sie davon eine Schwächung seiner durch die Marshall-Plan-Hilfe gefährlich erstarkten Wirtschaftskraft erwarten. Aber das ist sicher nicht, wie Scott Nearing annimmt, der Hauptgrund der amerikanischen Militärhilfe an Westeuropa, der vielmehr im Willen zum Aufbau einer «unwiderstehlichen» Kriegsmaschine für den Einsatz gegen den Ostblock — mit oder ohne offene Gewaltanwendung — besteht. Und der Koreakrieg, der als erste Kraftprobe mit dem «aggressiven Sowjetimperialismus» aufgezogen wurde, gab den Vereinigten Staaten die längst gesuchte Gelegenheit, nicht nur sich selbst, sondern auch die europäischen Verbündeten im größten Stil zu bewaffnen.

heiten bezeichnet haben, so ist es wohl möglich, daß unter einem republikanischen Präsidenten die «asiatische Schule» der amerikanischen Weltpolitik stärkeren Einfluß gewinnen würde als bisher. Dennoch wird notwendigerweise auch *Westeuropa* nach wie vor entscheidende Bedeutung für die Weiterentwicklung des Verhältnisses zwischen den beiden großen Machtlagern haben. Und innerhalb von Westeuropa nimmt mehr und mehr *Deutschland* eine beherrschende Schlüsselstellung ein.

Das Rennen um Zeitgewinn, von dem ich in der letzten Weltrundschau im Zusammenhang mit den Verhandlungen über die Deutschlandverträge sprach, ist nun ja von Adenauer (und Acheson) vorläufig gewonnen worden. Sowohl das Bonner Abkommen über die neue internationale Stellung Westdeutschlands wie der Pariser Vertrag über die Einbeziehung der Deutschen Bundesrepublik in die «Europäische Verteidigungsgemeinschaft» sind fristgerecht unterzeichnet worden, wenn auch nur dank rücksichtslosem Druck der Vereinigten Staaten auf Frankreich und England, die beide der amerikanischen Militärhilfe verlustig gegangen wären, wenn sie nicht, über alle Hemmungen hinweg, zuletzt doch nachgegeben hätten. Westdeutschland ist damit von einem feindbesetzten Besiegtenland formell in den Rang eines bewaffneten Verbündeten der Westmächte erhoben worden. *Tatsächlich* wird es weiter unter amerikanischer Kontrolle stehen, wird seine künftige Armee einem amerikanischen Oberbefehlshaber unterstellt sehen und namentlich auch wirtschaftlich (Unterbindung des Handels mit dem Osten!) ins amerikanische Weltsystem eingegliedert bleiben. Ob es sich auf die Länge mit dieser Satellitenrolle bescheiden wird, ist freilich sehr die Frage. Wohl sind die Vereinigten Staaten bereit, Westdeutschland freie Hand für seine nationalistischen Ostpläne zu geben, soweit das mit ihren eigenen Interessen vereinbar ist. Aber wer garantiert ihnen dafür, daß nicht das Verhältnis Amerika-Westdeutschland sich mit der Zeit umkehrt und Westdeutschland die Vereinigten Staaten vor *seinen* Wagen spannt?

Die *Sowjetpolitik* ist jedenfalls darauf aus, das endgültige Zustandekommen der Partnerschaft zwischen den Vereinigten Staaten und Westdeutschland mit allen Mitteln zu verhindern. Sie sucht den Westdeutschen klar zu machen, daß sie nicht die Wiedervereinigung mit den Ostdeutschen *und* den Anschluß an den Westblock zugleich haben können, und bietet ihnen, auf der Grundlage gesamtdeutscher Wahlen, ein einiges Deutschland an unter der Bedingung, daß es keinerlei Militärbündnisse mit anderen Mächten eingehe, also neutral bleibe, mit einer für seinen Selbstschutz ausreichenden Nationalarmee allerdings. Es ist nicht zu verkennen, daß diese Aussicht für sehr viele Westdeutsche etwas Verlockendes hat. Auch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus, wäre doch die dauernde Abschnürung Westdeutschlands vom Osten für dieses ebenso verhängnisvoll, wie die Abschnürung Japans vom asiatischen Festland die japanische Wirtschaft zum Erliegen bringen müßte. Reicht das aber aus, um die Opposition gegen die Verträge von Bonn und Paris

so zu aktivieren und zu einigen, daß die jetzige Regierungskoalition noch vor den nächstjährigen Wahlen gesprengt wird? Oder gelingt es Adenauers Verschlagenheit und Skrupellosigkeit doch wieder, alle parlamentarischen Widerstände zu brechen, den offensichtlich gegen die Eingliederung in den Westblock gerichteten Volkswillen lahmzulegen und seinem Ziel eines klerikal-reaktionären («freien») Westdeutschland als Kern eines klerikal-reaktionären Westeuropa einen entscheidenden Schritt näherzukommen?

Die Wahrscheinlichkeit spricht heute eher dafür, daß die Deutschlandverträge vom Bonner Parlament innert nützlicher Frist genehmigt werden. Ähnlich steht es mit dem *französischen* und dem *britischen* Parlament. Wäre die Labourpartei einmütig und entschlossen gegen die Ratifizierung, so würde es Churchill und Eden schwer fallen, eine annehmende Mehrheit zu erlangen; da aber die heutige konservative Regierung Englands in Sachen Deutschland nur die Linie weiterführt, die schon die Labourregierung vorgezeichnet hat, so ist mit ernsthaften Schwierigkeiten für die Zustimmung des Unterhauses nicht zu rechnen[4]. Und was Frankreich betrifft, so ist dort in allen Kreisen die Angst vor einem wiedervereinigten Deutschland derart groß, daß alle Parteien außer den Kommunisten und Gaullisten ein vom Osten abgesondertes Westdeutschland, das unter alliierter Kontrolle stünde, als das weitaus kleinere Übel ansehen, auch wenn dieses Westdeutschland eine Armee bekommt, die nichts mehr mit der vom Pleven-Plan gemeinten europäischen «Mischarmee» zu tun hat, vielmehr einfach eine Neuauflage der alten Wehrmacht sein wird, mit eigenem Generalstab und bald auch mit völliger Freiheit der Rüstungsproduktion[5].

Daß Frankreichs Ja zu der von Amerika erzwungenen Eingliederung Westdeutschlands in den Atlantikblock nur mit schlechtem Gewissen gegeben wird, ist freilich nur zu offenkundig. Man lese etwa, was

---

[4] Um die Widerstände in der Labourpartei wie auch in der westdeutschen Sozialdemokratie zu überwinden, soll jetzt anscheinend doch noch eine Konferenz mit Sowjetvertretern abgehalten werden. Der Londoner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» kommentiert (in Nr. 1289) das Manöver ganz ungeschminkt: «Die Ratifizierung wäre, aus der Perspektive des britischen Parlaments betrachtet, besser durchzuführen, wenn vorher durch das Ergebnis einer Viermächtekonferenz, das man sich kaum positiv vorstellen kann, eine Änderung der Haltung der westdeutschen Sozialisten bewirkt werden könnte. Ohne eine vorgängige Viererkonferenz wäre es schwierig, das gemäßigte Element, und unmöglich, den linken Flügel der Labourpartei für die Ratifizierung zu gewinnen.» Die Westmächte, vor allem die Vereinigten Staaten, haben es natürlich ganz in der Hand, das gewünschte Ergebnis herbeizuführen, «das man sich kaum positiv vorstellen kann». So wird heute hohe Politik gemacht!

[5] Der Sicherheitsbeauftragte der Bonner Regierung, Theodor Blank, hat bekanntgegeben, daß in den zwölf deutschen Divisionen der künftigen Europäischen Armee rund *100 000 deutsche Berufssoldaten (!)* Dienst tun werden. Die Aufstellung der deutschen Einheiten werde im Jahre 1954 abgeschlossen sein. Blank bezifferte die Höhe des deutschen Kontingents mit etwa 500 000 Mann, wovon 20 Prozent Berufsoffiziere und Berufsunteroffiziere sein würden. Zuerst würden nur Freiwilligenkader aufgestellt. Mit den ersten Einberufungen sei erst für Anfang 1954 zu rechnen.

Sirius (Chefredakteur Beuve-Méry selber) im «Monde» vom 11. Juni schreibt:

«Was kann das normale Endergebnis dieses überstürzten Vorgehens sein? Eine gewisse begriffliche Logik erlaubt die Antwort: der Frieden. Geduldige Beobachtung der Tatsachen und ihrer Verkettung hingegen erlaubt die nicht weniger zuversichtliche Behauptung: der Krieg. Man kann diesen fast mit Sicherheit voraussehen von dem Augenblick an, da das Wettrüsten ein bestimmtes Tempo annimmt und seine Begleiterscheinungen so unerträglich werden, daß man sich auf der einen wie auf der anderen Seite daran gewöhnt, einmal ‚Schluß zu machen'.

... Die westdeutschen Truppen können nicht rasch genug aufgeboten werden, ohne daß man in weitem Ausmaß ehemalige nazistische Kader oder dem abgeschafften Regime ergebene Offiziere heranzieht. Die Vorkämpfer der demokratischen Freiheiten, die Vereinigten Staaten, müssen in Asien Syngman Rhee, Tschiang Kai-shek und Bao Dai aufbieten. In Europa sind es die Nazi, die Faschisten, die Falangisten, die Milizmänner, die sich im Namen eines erprobten Antibolschewismus schmeicheln, morgen die zuverlässigsten Stützen des Westens zu sein, so daß der Durchschnittseuropäer, der doch eine wohnliche Welt auf den blutigen Trümmern der Faschismen wiederaufbauen sollte, keinen Hehl aus seiner Verwirrung macht. Er fühlt, er begreift, daß die angewandten Mittel den Zweck, den man erstrebt, mindestens ebensosehr gefährden, wie sie ihn sichern, daß eine tiefe Aussöhnung Frankreichs mit Deutschland schwieriger geworden ist, daß Europa eher zerfällt, als aufgebaut wird. Wenn die Kämpfer für Freiheit und Gerechtigkeit weder an die Freiheit noch an die Gerechtigkeit glauben können, liegt dann der Grund nicht darin, daß die demokratischen Einrichtungen schon jetzt zum Untergang verurteilt sind? Wie viele Menschen könnten ihnen heute entschlossen ihr Hab und Gut, ihr Leben und das ihrer Kinder opfern?»

Und Beuve-Méry schließt mit der nur zu richtigen Feststellung,

«daß eine breite Schicht der ‚guten Gesellschaft' des Westens sich heute mit den gleichen Gefühlen, mit den gleichen Zukunftsperspektiven für die Wiederaufrüstung Westdeutschlands entscheidet, die sie einstens nach München führten. Es war immer noch besser, Deutschland zu schonen, obschon es hitlerisch war, und was für einen Preis man auch zu bezahlen hatte, da es ja doch über kurz oder lang mit Moskau zusammenstoßen mußte. Ihm Widerstand zu leisten, es zu schwächen, das hieß den Bolschewismus stärken. Heute gibt man sich der Illusion hin, daß die Wiederaufrüstung Deutschlands das einzige Mittel sei, um Moskau zum Rückzug zu zwingen, und wer daran zweifelt, der wird wie damals an den Pranger gestellt. Gebe Gott, daß die gleichen Ursachen nicht die gleichen Wirkungen haben!»

Das ist die Stimme eines nüchternen konservativen Franzosen, der mit seiner Auffassung wahrlich nicht allein steht. Dennoch: die französische Volksvertretung wird der Aufnahme Westdeutschlands in die «Europäische Verteidigungsgemeinschaft» vermutlich mit beträchtlicher Mehrheit zustimmen.

Daß die *amerikanische* Bundesversammlung die Deutschlandverträge genehmigen wird, dürfte ohnehin feststehen. Was Wilson mit dem Senat erlebt hat, der ihm den Völkerbundsvertrag zerrissen vor die Füße warf, wird sich hier nicht wiederholen. Trotzdem ist es keineswegs sicher, daß die amerikanische Politik den Weg, den sie jetzt geht, blindlings bis zum Ende — einem Ende mit Schrecken — fortsetzen wird. Wir haben schon im Maiheft erwähnt, daß uns aus den Vereinigten Staaten immer wieder überraschend optimistische Stimmen in Hinsicht auf eine Umkehr des amerikanischen Weltkurses zukommen. Ähnliche Möglichkeiten faßt

auch die Neuyorker «Monthly Review» (Mai 1952) ins Auge, wenn sie schreibt:

«Die treibende Kraft hinter dem Kalten Krieg ist die amerikanische Außenpolitik, die, wie wir an dieser Stelle wiederholt dargelegt haben, im Grunde darauf ausgeht, eine solch überwältigende Militärmacht aufzubauen, daß sie uns instand setzen soll, den dritten Weltkrieg zu gewinnen, ohne ihn durchkämpfen zu müssen. Diese Politik schließt natürlich nicht nur kolossale Rüstungen für die Vereinigten Staaten in sich, sondern auch das Streben, so viele Bundesgenossen einzupferchen und zu bewaffnen wie nur möglich. Westdeutschland in Europa und Japan im Fernen Osten, die Feinde im Zweiten Weltkrieg, sind für die Rolle der Hauptverbündeten ausersehen.

Nun weisen aber alle Anzeichen darauf hin, daß diese Politik keinerlei Hoffnung auf Erfolg hat. Die Verteidigungsfähigkeit der Sowjetunion und ihrer Verbündeten wächst mindestens so schnell, ja sehr möglicherweise noch schneller als die Angriffsfähigkeit der von Amerika geführten Koalition. Und weit entfernt, neue Verbündete zu gewinnen, stehen die Vereinigten Staaten in ständiger und wachsender Gefahr, auch noch alte zu verlieren. Mit anderen Worten: die amerikanische Politik gründet sich auf eine gänzlich falsche Einschätzung der wirklichen Weltlage und der ihr innewohnenden objektiven Möglichkeiten. Diese Politik ist bereits bankerott, und über kurz oder lang wird ihr Bankerott zu offenkundig werden, als daß er noch länger verschleiert werden könnte... Wenn es soweit ist, wird die herrschende Klasse Amerikas vor einer tiefen Krise stehen. Es wird nötig werden, die Truman-Acheson-Politik, die eine Neuordnung der Welt erzwingen will, aufzugeben und eine neue Politik aufzunehmen.»

Vorausgesetzt, so muß man beifügen, daß der Bankerott der amerikanischen Weltpolitik ihre Urheber und Werkzeuge nicht zu einem letzten Gewaltschlag verleitet, der ihre verzweifelte Lage doch noch retten soll! Ob nicht *ein* Grund für Eisenhowers Rückzug aus Europa die an Ort und Stelle gewonnene Einsicht ist, daß auf die westeuropäischen Völker, eingeschlossen das Volk der Mitte — das deutsche —, ja doch kein Verlaß wäre, wenn es mit dem Kreuzzug gegen Osten wirklich Ernst gälte[6]?

Frieden durch Kriegsrüstung? Das will natürlich nicht heißen, daß General Eisenhower nicht ebenfalls an die alte heidnische Irrlehre glaube, Frieden sei nur durch Vorbereitung auf den Krieg zu gewinnen. Er hat selbst einmal gesagt:

---

[6] Ob Eisenhower oder Taft republikanischer Präsidentschaftskandidat werden wird, vermögen auch die gewiegtesten Beobachter der amerikanischen Parteipolitik nicht vorauszusagen. Taft ist der Mann der ausgesprochen kapitalistischen Interessen und aller Stellenjäger, hat aber wenig Aussicht, die Volksmehrheit für sich zu gewinnen, die bei den letzten fünf Präsidentschaftswahlen konsequent für den Kandidaten der *Demokratischen* Partei stimmte. Eisenhower anderseits könnte recht wohl soviel bisher demokratisch stimmende Wähler und Wählerinnen zu den Republikanern herüberziehen, daß es zu einer Mehrheit reichen würde, wenn er wirklich auch die republikanische Stimmkraft ganz auf seiner Seite hätte. Das aber ist eben die Frage. Seine Lage würde noch schwieriger, wenn die Demokraten einen Kandidaten fänden, der die Abwanderung größerer Scharen ihrer früheren Wähler zu den Republikanern zu verhindern imstand wäre. Truman wird jedenfalls sein nicht geringes Ansehen ganz einsetzen, um dem Kandidaten seiner Partei zum Erfolg zu verhelfen, so wenig Aussichten diese auch haben mag.

«Die größte einzelne Bewegungskraft für den Weltfrieden ist heute das organisierte Militärpotential der Vereinigten Staaten.» («New York Times», 16. 11. 45.) Nur scheint er daran zu zweifeln, daß die Völker sich noch immer so selbstverständlich wie früher von dieser Trugvorstellung beherrschen und ins Verderben jagen lassen. Und darin hat er — wenigstens was diejenigen Völker betrifft, die den Krieg auf eigenem Boden erlitten haben — gewiß recht. Es kommt nun jedenfalls alles darauf an, *den Rüstungs- und Kriegsaberglauben in den Menschen immer stärker zu erschüttern,* so sehr, daß er endgültig zusammenbrechen muß, wenn er sich in einem dritten Weltkrieg und schon bei dessen Vorbereitung aufs neue «bewähren» sollte. Es sei darum zur Rüstungs- und Abrüstungsfrage hier einiges Grundsätzliche gesagt, das gerade im Blick auf die heutige Weltlage sich klar zu machen lebenswichtig werden kann.

Der übliche Einwand gegen die Abrüstungsforderung ist ja, das sei eine allzu primitive Losung, weil doch Rüstungen und Krieg nur die Folge menschlicher Leidenschaften und sachlicher Konfliktskräfte seien. Es gelte also diese *Ursachen* aus der Welt zu schaffen — wenn das überhaupt möglich sei —, dann würden auch die Folgen ganz von selbst verschwinden. Solange das *nicht* der Fall sei, müsse man eben mit den «Realitäten» rechnen und sich mit bewaffneter Hand gegen den Einbruch der Kriegskräfte in unser Leben wehren. Auf diesem Boden stehen auch die meisten Sozialisten und vollends die Kommunisten; erst jüngst noch suchten die deutschen Kommunisten den sowjetischen Vorschlag, einem neutralen Deutschland wieder eine Armee zu geben, mit dem Hinweis darauf zu rechtfertigen, daß die Sowjetunion selbstverständlich keinem Lande den Verzicht auf militärische Verteidigung zumute, so wenig sie selbst darauf zu verzichten gesonnen sei. Und ein Aufruf der «Sozialistischen Aktion», einer linksstehenden Gruppe dissidenter westdeutscher Sozialdemokraten, sagte beim gleichen Anlaß: «Wir Sozialisten sind keine Pazifisten und sind es nie gewesen ... Wir Sozialisten erklären, zu jeder Stunde zur Verteidigung der demokratischen Errungenschaften des Volkes bereit zu sein. Solange es Feinde des Volkes und des Sozialismus gibt, können insbesondere die Sozialisten niemals darauf verzichten, sich gegebenenfalls mit der Waffe der finsteren Kräfte der Reaktion zu erwehren.»

An dieser ganzen Betrachtungsweise ist gewiß viel Richtiges. Kriege und Kriegsrüstungen *sind* weithin die Folge menschlicher und sachlicher Konfliktsursachen. Insbesondere haben wir hier ja immer mit allem Nachdruck klarzustellen gesucht, daß die Aufrüstungspolitik der Westmächte, wie sie unter Führung der Vereinigten Staaten betrieben wird, wesentlich in der macht- und klassenmäßigen Feindseligkeit des Spätkapitalismus und seiner Träger gegen die aufsteigende sozialistische Welt, gegen die Revolution der «zurückgebliebenen», halb- und ganzkolonialen Völker verwurzelt sei. Das ändert indessen nichts an der Tatsache, daß *die militärischen Rüstungen selbst wieder eine der stärksten*

Kriegsursachen geworden sind. Die menschlichen und sachlichen Kriegskräfte können ja nur dann zur Wirkung kommen, wenn hinter ihnen der Glaube steht, daß militärische Gewalt ein taugliches Mittel zur Lösung von Völkerkonflikten sei. Sobald dieser Glaube als Aberglaube erkannt wird, fehlt den Kriegskräften das Werkzeug, um sich auszudrücken; die Völkerkonflikte müssen auf schiedlich-friedlichem Wege gelöst werden. Es gilt also die Unwirksamkeit und Unsinnigkeit kriegerischer Gewalttätigkeit aufzuzeigen und ihrer Anwendung konsequent Widerstand zu leisten.

Und man sollte meinen, daß dies heute eher möglich sei als jemals zuvor. Kriegsrüstung war nie ein Mittel, den Krieg aus der Welt zu schaffen, sonst hätte die Welt in den vergangenen zweieinhalb Jahrtausenden nicht — wie berechnet wurde — nur *ein* Friedensjahr in je zwölf Jahren genossen. Militärische Aufrüstung erhebt sich eben, ob sie nun zum Angriff oder zur Verteidigung bestimmt ist, grundsätzlich nicht über das ganze Reich des Gewaltdenkens, der Feindseligkeit, der Furcht und *muß* darum zuletzt im Krieg enden, den sie gedanklich und tätig vorausnimmt. Was Sir Edward Grey, der britische Außenminister zur Zeit des Kriegsausbruchs im Jahr 1914, in seinem Erinnerungsbuch «Fünfundzwanzig Jahre» schrieb, gilt heute noch viel mehr:

> «Die Lehre liegt auf der Hand: große Rüstungen führen unausweichlich zum Krieg. Wenn auf der einen Seite gerüstet wird, muß auch auf den anderen Seiten gerüstet werden ... Die Rüstungssteigerung, die in jeder Nation ein Bewußtsein von Stärke und ein Gefühl von Sicherheit erzeugen soll, bringt diese Wirkungen nicht hervor. Im Gegenteil, sie erzeugt ein Bewußtsein von der Stärke anderer Nationen und ein Gefühl von Furcht. Furcht aber gebiert Argwohn und Mißtrauen und böse Vorstellungen jeder Art ... Die gewaltige Zunahme der Rüstungen in Europa, das Gefühl von Unsicherheit und Furcht, das durch sie erzeugt wurde — *das* war es, was den Krieg unvermeidlich gemacht hat.»

Dabei waren die damaligen militärischen Rüstungen ein Kinderspiel gegenüber der ungeheuerlichen Kriegsmaschinerie, die die Regierungen *heute* gegeneinander aufbauen! Und diese Maschinerie will früher oder später auch in Gang gesetzt werden. Es werden zuletzt nicht die Staatsmänner und Parlamente sein, die den Rüstungsapparat lenken und in den Dienst ihrer Politik stellen; vielmehr werden es der Rüstungsapparat selbst und die ihn handhabenden Generäle sein, die den Politikern das Gesetz des Handelns vorschreiben. Dies um so mehr, als auch die Eigengesetzlichkeit einer gottverlassenen Wirtschaft dazu drängt, die Rüstungen immer höher zu steigern und sie schließlich in Krieg ausmünden zu lassen, um dem sonst drohenden Zusammenbruch des kapitalistischen Systems zu entrinnen.

Militärische Rüstungen, zumal wenn sie derart hochgetrieben sind wie diejenigen der Westmächte, drängen so die Staatsführung mit innerer Notwendigkeit dazu, alle anderen Wege, internationale Konflikte zu lösen, zu verschmähen und sich in erster und letzter Linie auf Gewalt und Gewaltdrohung zu verlassen. «Keine Verhandlung mit den Russen,

bevor wir ihnen nicht mit unserer überlegenen Kriegsmacht einen Frieden nach *unserem* Willen diktieren können» – das ist ja jetzt der Inbegriff staatsmännischer Weisheit im westlichen Lager. Und gar an die *Wurzeln* der Weltunruhe und der kommunistischen Gefahr heranzugehen, durch großzügige, durchgreifende Beseitigung der Notlage der «zurückgebliebenen» Völker und Volksschichten — wie sollte man das nötig haben, wenn man doch dank der überlegenen Militärmacht der «freien Welt» hoffen darf, mit dem Kommunismus auf viel bequemere Art fertig zu werden und sich dann der Schönheiten der herrschenden Weltordnung ungestört zu erfreuen?

Nun, das Erwachen aus solchen Wunschträumen wird ja nicht ausbleiben. Man wird es wahrscheinlich schon recht bald an Deutschland erleben, was es heißt, einem sowieso nationalistisch und militaristisch erzogenen Volk wieder Waffen in die Hand zu drücken: seine derzeitige Führungsschicht wird nicht ruhen, bis sie den Machttrieb, Ehrgeiz und Vergeltungsdrang im westdeutschen Menschen derart wiedererweckt und großgezogen hat, daß er sich zu einem neuen, noch viel selbstmörderischeren Abenteuer hergibt, als dasjenige war, zu dem Hitler ihn aufreizte. Bekommt hingegen Westdeutschland *keine* Waffen, dann wird aller Nationalismus und Kapitalismus nicht hinreichen, um die alten, noch schlummernden Kriegskräfte zu neuem Ausbruch zu bringen.

Man wird vielleicht auch zu spät einsehen, daß die Wiederaufrüstung Westdeutschlands, anstatt die *Sowjetunion* einzuschüchtern, sie im Gegenteil veranlaßt, die zusätzliche Stärke, die der Westblock damit scheinbar gewinnt, durch eigene Neurüstung auszugleichen und sogar zu überbieten, ja möglicherweise den Krieg selbst auszulösen, den man ihr jetzt täglich androht und den sie bei längerem Zuwarten nur unter immer ungünstigeren Umständen zu führen hätte.

Und man wird wohl vor allem befürchten müssen, daß die Präventivkrieger und anderen Draufgänger in den *Vereinigten Staaten* um so eher ihre Hemmungen verlieren werden, je machtvoller die Kriegsmaschine ist, die sie in die Hand bekommen. Die Bevangruppe schrieb schon in ihrer ersten Veröffentlichung («One way only») durchaus zutreffend:

«Die innere Stärke der Westmächte ist heute weit größer als diejenige der Sowjetunion, auch wenn diese größere Mengen bestimmter Waffenarten und eine größere militärische Mannschaftsstärke besitzt. Die amerikanische Überlegenheit an Atomwaffen ist überwältigend; nach der neuesten Schätzung haben die Vereinigten Staaten eine zahlenmäßige Überlegenheit von wahrscheinlich fünf zu eins und eine noch größere Überlegenheit in bezug auf die Mittel, um die Bomben abzuwerfen. In den kommenden zwei Jahren werden die Amerikaner diese Überlegenheit sicher nicht verlieren, wenn auch ihr Vorsprung etwas geringer werden mag. In den gleichen zwei Jahren wird die russische Überlegenheit an anderen Waffen, soweit sie überhaupt besteht, durch die höhere Produktionskraft Amerikas sicher überboten werden. Die Amerikaner werden also im Jahr 1953 hinsichtlich der Waffenstärke in der Übermacht sein. Sie werden eine Macht besitzen, die größer ist als alles, was je ein Land in Friedenszeiten besaß. Und es wäre nicht das erste Mal, daß ein Riese seine Kraft auch zu gebrauchen

wünschte, selbst wenn er gar nicht angegriffen würde. Präsident Truman würde ein solches Streben ablehnen. General MacArthur nicht. Er war bereit, ein mit der Sowjetunion verbündetes Land anzugreifen, obschon das Stärkeverhältnis nicht annähernd so günstig für ihn war.»

Und MacArthur hat — um es zu wiederholen — sowohl unter einer Regierung Taft als unter einer Regierung Eisenhower alle Aussicht, von neuem eine maßgebende Rolle zu spielen!

Der veraltete Krieg All die Gründe, die im Vorangehenden angeführt wurden, sprachen grundsätzlich schon immer gegen den Wahnglauben, man müsse nur recht kräftig aufrüsten, um den Frieden unbedingt zu sichern. Nun aber kommen dazu weitere Überlegungen, die erst in den letzten Jahrzehnten ihr volles Gewicht erhalten haben und die alle Kriegsrüstungen vollends als widersinnig, ja verbrecherisch erscheinen lassen. Der Krieg, zu dem die Rüstungen schließlich unweigerlich führen, hat ja zu unseren Lebzeiten eine Gestalt angenommen, die ihn als Mittel, irgendwelche vernünftigen oder gerechten Zwecke zu erreichen, ganz und gar untauglich machen. Auf der einen Seite sind die Zusammenhänge zwischen den einzelnen Völkern durch die neuere Entwicklung von Technik, Wirtschaft und Kulturleben derart eng geworden, daß jeder wenn auch scheinbar noch so isolierte und lokalisierte Krieg sozusagen alle Völker der Erde in Mitleidenschaft zieht. Siehe Korea! Insbesondere drohen alle Völkerkriege, den hinter ihnen wirkenden Kräften gemäß, zu internationalen Klassen- und Bürgerkriegen zu werden, in denen die alten Begriffe von Vaterland, nationaler Unabhängigkeit und staatlicher Souveränität ihre Bedeutung mehr und mehr verlieren. Auf der anderen Seite hat die *Revolutionierung der gesamten Kriegstechnik die Schrecken* eines eben nur noch total zu führenden Krieges dermaßen erhöht, daß ein weiterer Weltkrieg, statt irgendwelchen sittlich zu rechtfertigenden Zielen zu dienen, nur noch eine einzige höllische Massenvernichtungsorgie werden könnte. Gerade der Koreakrieg hat uns davon einen grauenhaften Vorgeschmack gegeben. Der englische Journalist Reginald Thompson — kein Pazifist —, der über ein Jahr lang den Krieg in Korea als Korrespondent des Londoner «Daily Telegraph» beobachtet hat, sprach es im «New Statesman» (2. 2. 52) erschüttert aus:

«Wenn diese Armeen (die in Korea miteinander kämpfen. H. K.) außerstand waren, einander zu vernichten, so waren sie doch imstande, das Land zu vernichten, um das sie kämpften ... So sehen wir in Korea zum erstenmal die neue Richtung und den neuen Typus der Kriegsführung vor uns. In den Krieg von 1914 bis 1918 wurde die Zivilbevölkerung erst teilweise hineingezogen. Im Krieg von 1939 bis 1945 wurde die Zivilbevölkerung im gleichen Maße Angriffsziel wie die Soldaten. Heute ist die Zivilbevölkerung das hauptsächliche Angriffsziel geworden.

... Viel von dieser Entwicklung war schon in den späteren Abschnitten des Zweiten Weltkrieges klar geworden ... Die Bomber brachten der Zivilbevölkerung viel Leid und viel Verlust an Eigentum, aber die militärische Niederlage des Feindes ver-

mochten sie nicht zu bewirken. Noch mehr: sie machten den Sieg, als er schließlich doch gewonnen wurde, wirtschaftlich und politisch zu einem Unglück.

...Die Atombombe hat Dinge wie Tanks, Artillerie und Armeen lächerlich gemacht. Sie hat die Kriegführung ganz in die zivile Sphäre verlegt und kann die tatsächliche Auslöschung eines Landes wie Großbritannien bewirken. Der Krieg in der Form, wie die Menschheit ihn bisher kannte, hat aufgehört, seinen Zweck zu erfüllen. Zwei Weltkriege haben das bewiesen; Korea hat dazu ein Nachwort geschrieben und die Wahrheit noch unterstrichen. Vernünftigerweise sollte Hitler der letzte Mensch gewesen sein, von dem berichtet wird, daß er das Gegenteil glaubte und zu beweisen suchte.

In beiden Weltkriegen haben die Sieger nicht gesiegt; in beiden haben sich die Verteidiger, die am Anfang verhältnismäßig schwach bewaffnet waren, mit Erfolg gewehrt. Es ist nur billig anzunehmen, daß ein drittes Abenteuer den Beweis noch vervollständigen, zugleich aber die Menschheit wahrscheinlich irgendwie in eine nicht wiedergutzumachende Katastrophe stürzen würde.»

Alles, was wir über die moderne Kriegstechnik wissen und was uns Fachleute des Totalkrieges sagen, bestätigt die Auffassung Thompsons. Korea hat uns tatsächlich gelehrt: Es gibt heute keinen irgendwie zu rechtfertigenden Revolutionskrieg mehr. Es gibt noch weniger einen auch nur von ferne verantwortbaren Freiheitskrieg, der im Namen des Menschen- und Völkerrechtes geführt werden dürfte. Es gibt überhaupt kein militärisches Ergebnis irgendeines Krieges mehr, das höher stünde als die Leiden und Verwüstungen — körperlicher und materieller wie seelischer und sittlicher Art —, die er anrichtet. Es gibt insbesondere keinen «*gerechten*» Krieg mehr, wie er so lange von Moral- und Religionslehrern mit einem peinlichen Aufwand von Sophistik und Rabulistik gepredigt wurde — den Herrschenden zur Freud', den Völkern zum Leid. Ich stimme vollkommen Daniel Parker bei, der in seinem ausgezeichneten Büchlein «Refus de la guerre» (herausgegeben von der Communauté Internationale des Chrétiens und der Résistance active non-violente, Le Chambon-sur-Lignon, Haute-Loire, France) sagt:

«Der Einsatz von Terror- oder Massenmordmitteln würde allein schon ausreichen, um auch die gerechteste Sache schlecht zu machen... Wenn nach langem Kampf der eine der beiden Gegner schließlich zerschmettert und materiell vernichtet wird, so ist damit sein bösartiges Wirken noch keineswegs zu Ende. Der Gewaltkeim kreist in den Adern des Siegers selbst und vergiftet sein Leben. Hitler ist zerschmettert worden, aber ist der Satansgeist, der ihn beseelte, aus dieser Welt verschwunden? Sind wir in das Zeitalter des Friedens, des gegenseitigen Vertrauens, der sozialen Gerechtigkeit und der Sicherheit eingetreten, das man uns verheißen hatte und das durch den Sieg eröffnet werden sollte?»

«Wenn es Kriege gibt, die für eine gerechte *Sache* unternommen werden, gibt es dann auch wirklich *gerechte Kriege*? Der Krieg bringt doch ein entsetzliches Maß von Ungerechtigkeiten und Unbilligkeiten mit sich. In der Geschichte der Völker zieht jeder Fehler der einen Nation durch ihre wechselseitige Verkettung eine Vergeltungsmaßnahme des anderen Lagers nach sich. Gibt es auf dieser Welt überhaupt eine hundertprozentig gerechte Sache? Was soll man tun, wenn ein bestimmter Krieg im Anfang als nur zu 55 Prozent gerecht erscheint? Und was, wenn ein Krieg, der zuerst zu 80 Prozent gerecht war, in der Folge nur noch zu 45 Prozent gerecht ist, weil man jetzt andere Verbündete hat, weil man im Verlauf der Dinge gerechte Grundsätze preisgegeben oder Kompromisse geschlossen hat, um die Koalition zum Sieg zu führen?»

Auch mit der Behauptung, ein «gerechter» Krieg sei immer noch das kleinere Übel als der Verzicht auf ihn, ist es nichts. Besonders wenn sich Christen darauf stützen. «Die große Schwäche dieser Theorie», so stellt Parker fest,

«liegt darin, daß sie keinerlei biblische Grundlage hat. Jesus Christus fordert niemals seine Jünger auf, das geringere Übel zu wählen; er ermahnt sie im Gegenteil, vollkommen zu sein, wie der Vater im Himmel vollkommen ist (Matth. 5, 48). Das ganze Evangelium ist gegen jede Vorstellung von Halbheiten, von Kompromissen ... Ist es überhaupt sicher, daß das Mitmachen bei ‚gerechten Kriegen' wirklich das kleinere Übel ist? Wohin ist die Menschheit nach zwei Weltkriegen gekommen, in denen Millionen von Männern, Frauen und Kindern den Tod gefunden haben? Sieht es so aus, als würden Frieden und Gerechtigkeit, die vielverheißenen, jetzt dann bald auf dieser Erde herrschen?

Stellen wir uns hingegen einen Augenblick vor, daß nach dem Beispiel der Urkirche alle Kirchen im Laufe der Geschichte endgültig und unbedingt die Teilnahme an irgendeinem Krieg, auch einem gerechten, verweigert hätten. Welche Wirkung hätte diese Haltung auf den Gang der Geschichte und die Entwicklung der Menschheit gehabt? Stünden wir heute auch noch unter der Drohung eines dritten Weltkrieges, der noch grauenhafter sein müßte als die beiden anderen?»

Der „Verteidigungskrieg" Mit dem «gerechten» Krieg fällt auch — schon im bloß politischen Bereich, von der christlichen Haltung nicht zu reden — der sogenannte *Verteidigungskrieg*. Der *sogenannte* Verteidigungskrieg, sage ich. Denn auf dem Boden einer durch und durch verdorbenen Gesellschaftsordnung und einer auf Gewalt und nationalen Egoismus gegründeten Welt gibt es ja längst keine *echten* Verteidigungskriege mehr, die ein Volk mit reinem Gewissen durchfechten könnte. Auch der Krieg, den die Alliierten gegen Hitlerdeutschland führten, war alles andere als ein echter Verteidigungskrieg, waren doch Hitler und der Nazismus nicht bloß das natürliche Produkt der wirtschaftlichen, politischen und sittlichen Anarchie, der die *ganze* westliche Welt verfallen ist, sondern auch das bewußt herbeigeführte Ergebnis jener westmächtlichen Politik, die den Faschismus als wirksamste Waffe gegen den Kommunismus ansah und ihn planmäßig gegen die Sowjetunion einsetzte.

Und um das andere, noch viel näher liegende Musterbeispiel zu erwähnen: Ist etwa der westmächtliche Koreafeldzug irgendwie so etwas wie ein Verteidigungskrieg? Von Nordkorea aus gesehen, ist er ein «gerechter» Revolutionskrieg. Von Südkorea aus gesehen, ist er *formal* ein Verteidigungskrieg, tatsächlich aber die Folge der jahrelangen Drohungen Syngman Rhees und seiner Regierung, Korea mit Gewalt wiederzueinigen, also Nordkorea durch einen «nationalen» Krieg dem im Südstaat geltenden reaktionär-feudalen Regime wieder zu unterwerfen. Die Nordkoreaner kamen diesem Krieg zuvor, indem sie die nationale Einigung Koreas auf *ihre* Art zu erzwingen suchten. Von Amerika aus gesehen aber ist das Eingreifen in Korea nichts anderes als ein pazifistisch-humanitär verkleideter Krieg gegen die soziale Revolution in Korea und

in Ostasien überhaupt. Er schließt damit ganz organisch an das amerikanische Eingreifen der Vereinigten Staaten zugunsten von Tschiang Kai-sheks gegenrevolutionärem Regime, am Ende des Zweiten Weltkrieges, an, und die Chinesen hatten wahrlich allen Grund, die Wiederaufnahme dieses zunächst gescheiterten Unternehmens zu befürchten, als MacArthur die UNO-Truppen in Eilmärschen gegen die mandschurische Grenze heranführte, entsprechend seiner wohlbekannten Theorie, daß der Weltkommunismus vor allem in Asien angepackt und zerschlagen werden müsse. Dennoch erklärten die Vereinten Nationen feierlich *China* als Angreifer — die Begriffe damit völlig auf den Kopf stellend!

Wie schwer, ja wie unmöglich es ist, den Angreifer im gegebenen Fall zu bestimmen, hat man an den entsprechenden fruchtlosen Bemühungen des alten Völkerbundes zur Genüge erlebt. Am ehesten konnte noch die Formel befriedigen, die damals — auf Grund eines von Litwinow unterbreiteten Entwurfes übrigens — unter der Leitung des Griechen Politis von einem Ausschuß der Genfer Abrüstungskonferenz ausgearbeitet wurde, aber niemals tatsächliches Völkerrecht geworden ist. Dies nicht zuletzt darum, weil nach dieser Formel die Vereinigten Staaten von Amerika mit ihrer jahrelang betriebenen Einmischung in Griechenland und China hätten als Angreifer erklärt werden müssen.

Auch der Atlantikpakt hat den Begriff der Aggression höchst ungenau und willkürlich umschrieben, abgesehen davon, daß die Vertragsmächte selber in jedem Fall allein entscheiden können, wann ein Angriff vorliege. Und daß sie im Zweifelsfall immer die *andere* Seite als Angreifer erklären würden, ist von vornherein selbstverständlich, um so mehr als nach der bei ihnen vorherrschenden Auffassung jede kommunistische Revolution im *Innern* eines Landes als Angriff gegen die «freie Welt» anzusehen wäre, auch wenn, wie das im Falle der Tschechoslowakei geschehen ist, diese Revolution ohne irgendwelches militärisches Eingreifen von außen erfolgen sollte. Präsident Truman hat in seiner Botschaft an die amerikanische Bundesversammlung vom 18. März 1948 ausdrücklich erklärt, die Vereinigten Staaten müßten aufrüsten, um Westeuropa nicht nur vor einem äußeren, sondern auch vor einem «inneren» Angriff zu schützen. Außenminister Acheson, darüber befragt, ob der Artikel 4 des Atlantikpaktes zum Eingreifen gegen eine kommunistische Revolution in Europa berechtigen würde, antwortete zwar, das sei nur dann der Fall, wenn eine solche Revolution, wie in Griechenland, «von außen her inspiriert und gefördert» würde. Aber gerade der Hinweis auf Griechenland zeigt, wie willkürlich diese Auslegung des Artikels 4 ist. Denn was fällt der antikommunistischen Propaganda und den westmächtlichen Regierungen leichter, als *jede* kommunistische Aktion in irgendeinem Land als «von außen her inspiriert und gefördert» hinzustellen? Auch in unserer, ach so neutralen Schweiz kann ja die Partei der Arbeit nichts mehr unternehmen, das nicht sofort von der ganzen bürgerlichen und fast der ganzen sozialdemokratischen Presse als Aus-

führung eines Auftrags erklärt würde, den die «fünfte Kolonne Stalins» aus Moskau empfangen habe!

Abrüstung und Kriegswiderstand Es ist unschwer einzusehen, daß unter solchen Umständen alle Abrüstungsbestrebungen der Regierungen von vornherein zum Scheitern verurteilt sind. Die machthabenden Kreise *wollen* gar nicht ernsthaft abrüsten; keine Regierung traut der andern über den Weg; jede will sich die Freiheit vorbehalten, «im Notfall» den «gerechten», den «Verteidigungskrieg» zu führen, den alle Regierungen zu allen Zeiten für sich in Anspruch genommen haben. Doch würde es zu weit führen, dies an Hand der Leidensgeschichte der internationalen Abrüstungskonferenzen im einzelnen nachzuweisen. Nur zwei Tatsachen seien hervorgehoben. Einmal, in Ergänzung dessen, was ich darüber in der Mairundschau bemerkt habe, daß es unrichtig ist, von einem Stand der militärischen Rüstungen der *Sowjetunion* zu reden, der es nötig mache, auch die Kriegsrüstung der Westmächte auf die äußerste Höhe hinaufzutreiben. Gerade jetzt (7. Juni) erscheint im «New Statesman» ein Aufsatz von Professor J. Miller in Glasgow, einer Autorität in russischen Angelegenheiten, der auf Grund gewissenhafter Prüfung der erreichbaren Angaben feststellt, daß zwischen 1947 und 1951 die militärischen Vorbereitungen der Sowjetunion in keinem irgendwie bedeutenden Maße gesteigert worden sind, wenn auch zwischen 1945 und 1947 die sowjetischen Wehrmachtsausgaben viel weniger drastisch herabgesetzt wurden als die britischen und amerikanischen (immerhin doch auch von 60 Prozent des russischen Gesamtausgabenbudgets auf 19 Prozent). Wobei zu beachten ist, daß die Sowjetunion infolge der riesigen Zerstörungen, die sie durch den Krieg erlitten hat, auch für den Wiederaufbau ihrer Wehrmacht mehr aufwenden mußte als die angelsächsischen Länder, und daß die sowjetische Wehrmacht auf dem Gebiete der Erziehung und der öffentlichen Arbeiten größere Aufgaben zu erfüllen hat als die westlichen Armeen[7].

Unsere andere Bemerkung gilt der Tatsache, daß entgegen den immer und immer wieder unter uns verbreiteten Behauptungen die Sowjetunion zum mindesten nicht mehr Schuld am Scheitern der neuesten *Abrüstungsverhandlungen* trägt als die Westmächte. Wogegen sich

[7] Bemerkenswert sind auch folgende Feststellungen von Professor Miller: «Die Lebenshaltung erhebt sich (in der Sowjetunion) zum mindesten deutlich über das hergebrachte russische Niveau; urteilsfähige neuere Besucher sagen, sie sei gegenwärtig der Lage der Arbeiterschaft in Norditalien und Frankreich zu vergleichen ... Das jetzt erreichte Stadium, mit den Anfängen eines echten Überschusses über die unbedingten Lebensnotwendigkeiten hinaus, mit der Überzeugung der jungen Generation, daß sie noch zu ihren Lebzeiten den absoluten Überfluß des ‚Vollkommunismus' sehen werde, und mit der tiefgegründeten Befestigung des Vertrauens, das durch den Hinzutritt Chinas hervorgerufen worden ist, machen die Sowjetunion kraftvoller, als jede Schätzung ihrer Wehrmacht anzuzeigen vermag.»

die Sowjetunion wehrt, das ist nicht die internationale, kontrollierte Abrüstung, sondern eine Art von Abrüstung, die ihr von der sowjetfeindlichen Mehrheit der UNO im Widerspruch zu ihren Lebensinteressen aufgezwungen werden wolle. Professor Blacket hat das in seinem grundlegenden Buch über den Atomkrieg (deutsch im Steinberg-Verlag, Zürich, erschienen) völlig klar gemacht; aber es ist freilich bequemer, dieses Buch totzuschweigen, als es zu widerlegen. Zum gleichen Ergebnis kommt übrigens der französische Kernphysikforscher André Berthelot, der («Esprit», November 1950) in einer sachlich-objektiven Studie feststellt:

«Es liegt auf der Hand, daß ein Land, das einer internationalen Körperschaft einen Teil seiner nationalen Souveränität übertragen soll, das ihr die Aufgabe anvertrauen soll, die Zahl und den Standort der Atomkraftwerke auf seinem eigenen Boden festzusetzen, sicher sein muß, daß sich im Schoße dieser Körperschaft keine ihm feindliche Mehrheit bildet. Ein Land wie die Sowjetunion — wo das feindselige Vorurteil gegenüber jeder ausländischen Initiative krankhafte Formen angenommen hat, aber nicht einfach grundlos ist — konnte offenkundig gar nicht anders als fürchten, daß die Internationale Atomkraftbehörde (wie sie der amerikanische Plan vorsah. H. K.) zu einem Spionageorganismus im Interesse der Westmächte würde. Es konnte auch nicht die Aussicht annehmen, daß die Entwicklung der Atomkraft in der Sowjetunion — einem Lande, das unendlich weniger reich an Kraftquellen ist als die Vereinigten Staaten und in dem diese besondere Kraftquelle eine wichtige Rolle in der Entwicklung der armen Landesteile spielen könnte — einer Körperschaft überlassen bliebe, die von potentiell feindlichen Mächten beherrscht würde.»

Im übrigen hat der sowjetische Vertreter in der Abrüstungskommission Ende 1951 zwei wichtige Zugeständnisse an die amerikanische Auffassung gemacht: die Ausschaltung der Atomwaffen solle nicht, wie die Sowjetunion bisher verlangt hatte, *vor* der Ingangsetzung des Kontrollapparates erfolgen, sondern *gleichzeitig* damit, und die Inspektion der Atomkrafteinrichtungen solle fortlaufend vorgenommen werden, nicht nur in größeren Zeitabständen. Die Westmächte ihrerseits wollen eine Atomkraftkontrolle nur dann annehmen, wenn zugleich auch in bezug auf die älteren, konventionellen Waffen ein Abrüstungsvertrag zustandekomme. Darüber wird eben jetzt in der Abrüstungskommission verhandelt, wobei die Sowjetunion eine Verminderung der bewaffneten Streitkräfte aller Länder um mindestens einen Drittel vorschlägt, die Westmächte aber eine Begrenzung der Streitkräfte Amerikas, Rußlands und Chinas auf je 1,5 Millionen Mann und auf 800 000 Mann für England und Frankreich. Daß sich die beiden Gruppen darüber nicht einigen können, ist ohne weiteres verständlich, zumal die Flottenstreitkräfte und die militärischen Stützpunkte (deren die Vereinigten Staaten gegen zweihundert besitzen) in der Abrüstung nur schwer oder gar nicht einbezogen werden können. Solange das gegenseitige Mißtrauen der Regierungen weiterbesteht, werden eben die technischen Fragen, die mit der Abrüstung verbunden sind, unlösbar bleiben.

Die Abrüstung wird erst dann vom Fleck kommen, wenn *aus den Völkern selbst heraus das unbedingte Nein zu jeglichem Krieg so überwältigend stark wird, daß die Regierenden gezwungen werden, andere*

Wege zur Lösung der internationalen Konflikte zu beschreiten als Gewaltandrohung und schließlich Gewaltanwendung. Dieses Nein wird aus den verschiedensten Quellen und Antrieben herkommen; seine stärkste Kraft wird aber daraus fließen, daß es nicht einfach Nein bleibt, sondern auch ein *Ja* wird: das Ja des Glaubens an die Allkraft des Geistes und der Liebe, die allein Schutz, Sicherheit und Frieden wirkt, für die Völker nicht minder als für die Einzelnen.

Es soll damit keineswegs derjenige Wille zu Abrüstung und Frieden, der sich nicht bewußt auf diese stärkste Kraft und letzte Wirklichkeit gründet, als bloß «menschliches Machen» abgetan werden, wie das ein gewisser frommer Tiefsinn so gerne tut. Wie in der sozialen Bewegung unserer Zeit, so wirken auch in der Friedensbewegung wertvolle Kräfte, die nicht von Gott und seinem Christus ausgehen, ja sich sogar in Gegensatz zu ihnen stellen und doch ihre von Gott gewollte Rolle im Kampf gegen den Krieg spielen. Ich halte es darum auch für falsch, die Zusammenarbeit mit diesen Kräften abzulehnen, einfach «weil wir grundsätzlich eine andere Auffassung von den Grundlagen der Friedensbewegung haben», das heißt weil wir Gegner *aller* militärischen Gewaltanwendung sind. Dies namentlich dann, wenn wir gleichzeitig mit anderen Kräften zusammenarbeiten, die ebenfalls durchaus nicht grundsätzlich antimilitaristisch, vielmehr sogar höchst rüstungsfreudig sind wie unsere Sozialdemokratie, die die Druck- und Drohpolitik der Westmächte gegenüber dem Ostblock aufs entschiedenste unterstützt. Auch die Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Friedensrat, der in seiner Mehrheit ebenfalls recht westlich orientiert ist und für eine radikale Abrüstung durchaus nicht zu haben ist, erscheint wenig konsequent, wenn man sich auf der anderen Seite vor aller Berührung mit irgendwie kommunistisch beeinflußten Friedenskämpfern aus «grundsätzlicher» Reinlichkeit so streng hütet. Ich für meinen Teil empfinde es jedenfalls mit meinem Antimilitarismus viel leichter vereinbar, mit einer Friedensbewegung zusammenzuarbeiten, an der auch Kommunisten teilnehmen (wie der Gruppe, die den Schweizerischen Friedenskongreß vorbereitet, und in der die Kommunisten und «Partisanen» weitaus in der Minderzahl sind und nur einen der fünf Hauptredner stellen), als mit Parteigängern der Westmächte, deren Welt- und Europapolitik die entscheidende Bedrohung des Friedens darstellt.

Wenn dies gesagt ist, muß aber ebenso deutlich, ja mit immer größerer Kraft ausgesprochen werden, daß die Friedensbewegung wie die sozialistische Bewegung nur in dem Maße lebendig und wirksam sein wird, als sie sich auf den Boden der Verkündigung von Gott und seinem Reich stellt und mit der Nachfolge Christi Ernst macht. Wir stimmen da völlig dem zu, was im letzten Jahresbericht der Schweizerischen Zentralstelle für Friedensarbeit gesagt wird: «Friede ist nicht nur ein politisches Kalkül, so sehr er auch auf der Ebene der Politik vollzogen werden muß, sondern er ist die Frucht einer entsprechenden sittlichen Gesinnung und

dieser gemäßen tatkräftigen Haltung ... Friedensarbeit ist deshalb zunächst und vor allem eine religiöse Arbeit.» Und wir pflichten freudig auch René Bovard bei, der im «Essor» (30. 5. 52) ausruft:

«Es ist Zeit, daß der Christ — und überhaupt jeder Mensch — sich darüber klar wird, daß die Zerstörungskraft des Krieges so groß geworden ist, daß das Fehlen des Glaubens an die Macht der Liebe die ganze Existenz der Menschheit aufs Spiel setzt. Angesichts der Ganzheit des Krieges hilft nur noch die Ganzheit der Liebe. Man muß den Mut haben, auf den Schutz des Soldaten zu verzichten, um den Schutz der Liebe anzunehmen. Als Christus mahnte, auch den anderen Backen hinzuhalten, war das keineswegs Nichtwiderstand gegen das Böse, sondern im Gegenteil wesenhafter Widerstand durch die Bejahung einer unbedingten Überlegenheit über das Böse. Es war der revolutionäre Bruch mit dem Vergeltungsgesetz.»

Diese Haltung wird hinter der Abrüstungsbewegung, hinter dem Kriegswiderstand sichtbar werden müssen, wenn sie wirkliche Durchschlagskraft gewinnen sollen. Abrüstung und Kriegswiderstand dürfen nicht nur negative Losungen sein; sie müssen zu positivem Handeln führen, einem Handeln aus dem Glauben in die *wirklichen* Mächte, die die Welt regieren. Aus solchem Glauben erst wird der westlichen Menschheit auch der Wille erwachsen, all ihre Kräfte und Mittel in den Dienst der *sozialen Umwälzung* zu stellen, die die sicherste Gewähr für den Völkerfrieden sein wird. Solange kapitalistische Anarchie, kapitalistische Gewalttätigkeit, kapitalistischer Kampf aller gegen alle als die rechte Lebensform freier Menschen und Nationen unter uns gelten, wird daraus immer wieder auch blutiger Krieg *zwischen* den Völkern entspringen. Und solange wird es ganz sinnlos und vergeblich sein, dem Weltkommunismus mit Waffengewalt entgegenzutreten. Darüber sei heute nichts weiter gesagt; es gehört dies ja zum eisernen Bestand der Wahrheitserkenntnis, welche die «Neuen Wege» zu verbreiten und zu vertiefen berufen sind. Nur der innere Zusammenhang von Völkerfrieden, Nachfolge Christi und sozialer Revolution sollte wieder einmal klargestellt werden — als Aufforderung zu jenem radikalen schöpferischen Handeln, das uns allein den Sieg der Friedenssache verbürgt.

16. Juni. *Hugo Kramer.*

BUCHBESPRECHUNG

Schritte zum Frieden. Eine Stellungnahme von Quäkern zur Außenpolitik der Vereinigten Staaten. Sensenverlag Wien. Auslieferung in der Schweiz: Pazifistische Bücherstube, Gartenhofstraße 7, Zürich.

Die amerikanischen Quäker hatten eine Art Sachverständigenkommission beauftragt, sich zu den entscheidenden Fragen der amerikanischen Außenpolitik zu äußern. Das Ergebnis dieser Gemeinschaftsarbeit liegt in der angegebenen Broschüre vor.